



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Mündliche Anfragen
für die Landratssitzung vom 1. Dezember 2011**

Datum: 29. November 2011

Nummer: 2011-332

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 1. Dezember 2011

Vom 29. November 2011

1. Marianne Hollinger: Finanzierung Alters- und Pflegeheime

Nun wissen wir es gesichert, die Studie, welche die Regierung in Auftrag gegeben hat zeigt es auf: Altersheime sind aufgrund des neuen Bundesgesetzes zur Pflegefinanzierung viel zu teuer geworden, die Tarife wurden, mindestens teilweise, ungerechtfertigt massiv erhöht.

Fragen:

1. Wie setzt sich die Regierung für AltersheimbewohnerInnen ein, welche die übersteuerten Kosten bezahlen müssen?
2. Was tut nun die Regierung konkret gegen die ungerechtfertigten Tarifierhöhungen in der Vergangenheit und was gegen solche in der Zukunft?

2. Pia Fankhauser: Pflegefinanzierung und Beschwerden

Auf die vom Regierungsrat an das Kantonsgericht gezogene Sprungbeschwerde ist dieses gar nicht eingetreten. Schon sind Berechnungen für das neue Jahr verschickt worden.

Fragen:

1. Was geschieht nun mit allen Beschwerden, den alten und den potentiellen neuen?
2. Wird es Rückzahlungen geben? - Ab wann gilt der neue Tarif mit den höheren Normkosten, ist er beschlossen?
3. Gibt es nun eine offizielle Anlaufstelle für Betroffene?

3. Marianne Hollinger: Mepha - der Generika Leuchtturm im Strudel von Uebernahmen

Die Mepha ist bekanntlich von Cephalon und diese wiederum von der Teva übernommen worden. Man hört nun, dass Arbeitsplätze am Firmensitz Aesch gefährdet sind.

Fragen:

1. Wie setzt sich die Regierung ein für die Sicherung des Standortes Aesch und damit des Standortes Basellandschaft?
2. Steht der Regierungsrat in persönlichem Kontakt mit der Firmenleitung?

4. Regina Vogt: Zu Dokumentation der Oelsoldaten-Baselbieter Mitr Kompanie IV/52 im Jahr 1940

Mit der Medienmitteilung in der BAZ vom 14. November 2011 ist das fast vergessene Thema zum gravierenden Zwischenfall betreffend der "Oelsoldaten" wieder aufgenommen worden.

Zur Geschichte:

Bei der Baselbieter Mitr Kompanie IV/52 kam es am 29. Juli 1940 zu einem gravierenden Unfall. Die Truppe befand sich auf dem Rückzug ins Reduit, der Alpenfestung der Schweizer Armee. Bei der Zubereitung von Käseschnitten kam es zu einer fatalen Verwechslung von Maschinen- und Speiseöl.

74 Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere, sowie zehn bis zwölf Zivilisten wurden dabei vergiftet. Die Substanz Trikresylphosphat wirkte als Nervengift und führte langfristig zu neurologischen Symptomen mit Lähmungen. Trikresylphosphat ist ein Frostschutzmittel, das dem Kühlöl der damaligen Maschinengewehre zugefügt wurde. Die betroffenen Wehrmänner, die zu Teil- oder Vollinvaliden geworden sind, waren ohne finanzielle Mittel oder mussten für eine bescheidene Rente kämpfen.

Frage:

Als direkt betroffener Nachkomme bin ich heute interessiert, ob oder in welchem Umfang der Kanton den gravierende Zwischenfall der Oelvergiftung der Baselbieter Mitr Kompanie IV/52 vom 29. Juli 1940 dokumentiert hat?

5. Sandra Sollberger: Wechsel in der Ortsbildpflege; Pensionierung von Markus Billerbeck

Die Gemeinden wurden am 20.11.2011 per Post informiert, dass Herr Billerbeck, aus der Abteilung Denkmalpflege, auf Ende November 2011 in Pension geht. Die Stelle soll erst im "Laufe des 1. Quartals 2012" wieder besetzt werden. In der Übergangszeit

will die kantonale Denkmalpflege direkt für Fragen aus dem Fachbereich Ortsbildpflege und für die Beratung und Prüfung von Bauvorhaben in den Ortskernen zuständig sein. Diese Maßnahme muss unwillkürlich zur Verzögerung einzelner Projekte führen. Aus diesem aktuellen Anlass ergeben sich für mich einige

Fragen:

1. Aus welchem Grund wurden die Gemeinden erst so kurzfristig über den künftig unausweichlich verzögerten Ablauf, bei der Bearbeitung von Projekten welche die Mitarbeit der kantonalen Denkmalpflege benötigen, informiert?
2. Die "Pensionsabsichten" von Herr Billerbeck sind mit Sicherheit schon über einen längeren Zeitraum bekannt. Wieso wurde keine übergangslose Lösung erarbeitet?
3. Wurden die aktuellen Projekte von Herr Billerbeck mit den involvierten Personen, Stellen und Gemeinden bezüglich Zuständigkeit frühzeitig besprochen?

6. Christine Koch: 2. Generation Agglomerationsprogramm

Bei der 2. Generation des Agglomerationsprogramms muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert werden. So lautete eine Anregung im Prüfbericht vom Amt für Raumplanung und Entwicklung des Bundes.

Fragen:

1. Wo stehen wir heute in diesem Punkt? Wie wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbessert?
2. Wer ist für die grenzüberschreitende S-Bahn Planung zuständig?

7. Christine Koch: Missstand bei zusätzlichen Ferientagen für Lehrpersonen über 60

Die "zusätzlichen" Ferientage führen für Lehrpersonen unter 50 zu einer Reduktion der Weiterbildungszeit und zu einer reduzierten Arbeitszeit in den Bereichen C, D und E gemäss Berufsauftrag (ca. -5 Stunden). Für Lehrpersonen über 60 erhöht sich hingegen diese Arbeitszeit in diesen Bereichen um 72 Stunden.

Frage:

Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, dass dieser Missstand behoben wird?

8. Mirjam Würth: Vernehmlassung Entlastungspaket

Zitat: "Die Baselbieter Regierung bleibt bei ihrem Sparziel von 180 Mio. Fr. mit dem "Entlastungspaket 2012/15".

Nach der Vernehmlassung halte sie diesen Umfang weiterhin für notwendig." Die 138 Stellungnahmen,

die insgesamt eingegangen sind flossen nicht massgeblich in die neue Vorlage ein. In der Vorlage 2011/296 Entlastungspaket 12/15 wird auf den Seiten 53 und 54 auf diese Vernehmlassungen äusserst summarisch eingegangen. Einzig die Haltung der Parteien wird etwas ausgeführt.

Dass die Mehrheit der Gemeinden das Entlastungspaket ablehnen, wird mit dem Hinweis kommentiert "den Widerstand der Gemeinden erklärt sich die Regierung mit einem "Missverständnis"". Ob alle Gemeinden ausserstande sind die Sachlage richtig einzuschätzen, möge offen bleiben.

Die Gemeinden, Verbände und Organisationen haben erheblichen Aufwand betrieben eine qualifizierte Vernehmlassung durchzuführen und teilweise eigene Sparvorschläge unterbreitet.

Fragen:

1. Wurde das Entlastungspaket aufgrund der eingegangenen Vernehmlassungen angepasst?
- Wenn ja, wo?
- Wenn nein, warum nicht?
2. An welchen Stellen sind die Vernehmlassungen der Gemeinden in das überarbeitete Entlastungspaket eingeflossen?
3. Wie sind die Vernehmlassungen der Verbände und Organisationen in das neue Entlastungspaket eingeflossen?
4. Welche alternativen Sparvorschläge sind eingegangen?

9. Elisabeth Augstburger: Postulat "Zivilcourage"

In der Vorlage [2010/285](#) betreffend Postulat "Zivilcourage" wurde auf S. 6 erwähnt, dass die Polizei abklärt, ob im Kanton Basel-Landschaft für die interessierte Bevölkerung vergleichbare Angebote wie dasjenige der Stadt Zürich, "Zivilcourage fördern - Sicherheit gewinnen", durchgeführt werden sollen. Die Polizei kann dazu einen Teil der Handlungsanweisungen beisteuern. Die Idee ist es, vernetzt mit anderen Fachstellen wie Schulen, Sozialarbeitenden, FachspezialistInnen in Verhaltensforschung/ Psychologie zu planen und Massnahmen zu realisieren.

Frage:

Was haben diese Abklärungen ergeben?

10. Elisabeth Augstburger: Beitrag im "10 vor 10" betr. Gesellschaft, Rangierung Kanton BL

Von einer Bewohnerin aus Liestal wurde ich darauf aufmerksam gemacht, dass im "10 vor 10" mitgeteilt wurde, der Kanton Basel-Landschaft habe bei einer Auswertung beim Thema "Gesellschaft" gesamtschweizerisch den 2. Platz belegt.

Fragen

1. Ist das so?
2. Welche Bereiche wurden geprüft?

11. Susanne Strub: Landwirtschaftliche Schule Ebenrain, Sissach.

Aussage von Herrn Regierungspräsident Peter Zwick: "Die Landwirtschaftliche Schule Ebenrain wird es so lange geben, solange es Schüler hat"!

Schon seit einigen Jahren verfolge ich ihre Strategie an der Schule. Stellenprotzente werden nach Pensionierungen und Kündigungen nicht mehr ersetzt und gestrichen, oder in die Verwaltung umgelagert. Dieser Abbau, der uns jetzt unter den Folgen vom Sparpaket "verkauft" wird, geschieht schon seit geraumer Zeit. Der Qualitätsverlust in Schule, Weiterbildung und Beratung, das "Sterben auf Raten" der Schule nimmt schon seit längerer Zeit seinen Lauf. Fazit: Wenn die Qualität der Schule nicht mehr stimmt, gehen die Schülerzahlen automatisch zurück, denn sie weichen auf Schulen in Nachbarkantonen aus!

In Bezug auf ihren Kommentar in der Basler Zeitung vom Montag, 21. November 2011 bitte ich sie mir folgende Fragen zu beantworten:

die Mittelverwendung und die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel entgegen.

Fragen:

1. Unter welchem Titel rechtfertigen sich Betriebskostenbeiträge des Wirtschaftsförderungsfonds an Bürgerschaftsgenossenschaften?
2. Welche Instrumente bestehen und welche werden konkret umgesetzt um drohenden Verlusten aus gewährten Bürgschaften entgegenzuwirken?
3. Nach welchen Kriterien und mit welchen Mitteln wird die Wirksamkeit der eingesetzten Fondsmittel im Bereich der Standortförderung und Standortentwicklung geprüft?

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Fragen:

1. Wie sehen/planen sie die Zukunft von unserer Landwirtschaftlichen Schule Ebenrain in Sissach? -Landw. Ausbildung, -Weiterbildung, -Beratung, -Hauswirtschaft!
2. Ihre Aussage, die landwirtschaftliche Schule komme bestens ohne Schulleiter aus. Diese Stelle sei zu Beginn, als die Schule aufgebaut wurde, sehr wichtig und auch wertvoll gewesen. Doch jetzt brauche es keine weitere Stelle mehr zwischen dem Leiter des Ebenrain-Zentrums und den Schulbereichen. Von was für einer Aufbauphase sprechen sie da? Den Schulleiter gibt es seit Beginn der Schule, und das sind sehr viele Jahre!
3. Ausserdem sei es Ihnen nicht bekannt, dass Lehrer auch eine Beratungsfunktion einnehmen. Stimmt diese Aussage so?
4. Es wird im Artikel darauf hingewiesen, dass dank den Änderungen der landwirtschaftlichen Ausbildung auf nationaler Ebene die Lehrer entlastet seien. Jährlich fallen rund 400 Lektionen weg, dies entspreche etwa einer 40% Stelle.
Die 40 Stellenprozente fallen weg und nun werden 100% des Schulleiters auf die Schultern der Lehrerschaft verteilt! Wie kann das gegenüber der Lehrerschaft und den Schülern fair und verträglich geschehen?

12. Roman Klauser; Wirtschaftsförderungsfonds

Der Wirtschaftsförderungsfonds dient der Umsetzung von wirtschafts- und standortpolitischen Massnahmen. Über die Verwendung der Fondsmittel entscheidet die Wirtschaftsförderungskommission im Rahmen von §9 Wirtschaftsförderungsgesetz selbständig und abschliessend (Bürgschaften < 1Mio. CHF; Beiträge < 50'000 CHF), ansonsten der Regierungsrat. Sitzungen und Protokolle der Wirtschaftsförderungskommission sind nicht öffentlich. Auch sind die Mitglieder der Kommission zur Verschwiegenheit verpflichtet. Dem steht ein öffentliches Interesse über